

PARITÄTISCHER FORDERT MACHTWORT VON BUNDESKANZLER IM STREIT UM KINDERGRUNDSICHERUNG

18. August 2023 Erstellt von Paritätischer Gesamtverband



(Berlin) Der Paritätische Wohlfahrtsverband kritisiert den aktuellen Streit in der Ampel-Koalition zu Lasten armer Kinder als "unwürdig". Angesichts der anhaltenden Blockade des Bundesfinanzministers gegenüber der Einführung einer armutsfesten Kindergrundsicherung fordert der Paritätische Gesamtverband von Bundeskanzler Olaf Scholz ein Machtwort. Der Verband fordert einen existenzsichernden Kindergrundsicherungsbetrag von 600 Euro.

"Es ist beschämend, wenn in einem reichen Land wie Deutschland Millionen Kinder in Armut gehalten, ihrer Kindheit und einer fairen Zukunftsperspektive beraubt werden. Vollkommen zu Recht hatte die Ampel die Einführung einer Kindergrundsicherung zu einer sozialpolitischen Priorität erklärt. Der Kanzler muss dem unwürdigen Streit in der Koalition endlich ein Ende bereiten und dafür sorgen, dass das Versprechen, Kinderarmut zu beenden, nun auch eingelöst wird", so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands.

Aus Sicht des Paritätischen muss eine Kindergrundsicherung, die den Namen verdient, armutsfest gestaltet werden und bei Bedürftigkeit je nach Alter mindestens zwischen 450 und 600 Euro betragen. "Wie man es dreht und wendet: Gegen Armut hilft Geld", so Schneider. Auch eine aktuelle Kurzstudie von Diakonischem Werk und DIW kommt zu dem Ergebnis, dass eine Anhebung der Leistungen am wirksamsten Armut bekämpfen kann und zudem mit Blick auf die gesamtgesellschaftlichen Folgekosten von Kinderarmut auch ökonomisch vernünftig ist.

Für Presseanfragen:

Gwendolyn Stilling (Pressesprecherin, Der Paritätische Gesamtverband)

Telefon: 030 24636-305

E-Mail: [pr\(at\)paritaet.org](mailto:pr(at)paritaet.org)